

# Post aus Berlin

Newsletter der  
AfD Landesgruppe Bayern  
im Deutschen Bundestag



[www.afdbayern.de](http://www.afdbayern.de)

**AfD**







**Peter Boehringer, MdB**

Wahlkreis 232: Amberg

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Vorsitzender im Haushaltsausschuss

#### Ordentliches Mitglied:

- Haushaltsausschuss
- Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

#### Stellvertretendes Mitglied:

- Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

@ peter.boehringer@bundestag.de



/Peter.BoehringerCom



<https://t.me/pboehringer>

Mai 2021 | -2-

## Der Dexit-Beschluss von Dresden:

### AfD-Parteitag stimmt für das einzig Logische, Rationale, Unvermeidliche

Am 9. April 2021 fasste das höchste Gremium der AfD den Beschluss:

#### „Zurückführung der EU – Austritt Deutschlands aus der EU:

Die Vehemenz, mit welcher die Europäische Union die Transformation zum planwirtschaftlichen Superstaat in den letzten Jahren vorangetrieben hat, ließ uns erkennen, dass sich unsere grundlegenden Reformansätze in dieser EU nicht verwirklichen lassen. Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig.“

2019 hatte ein anderer Parteitag den Verbleib Deutschlands in der EU nur noch gebilligt, wenn bald unsere fundamentalen Reformforderungen zurück zu den Wurzeln der europäischen Einigung mit zollfreiem Handel und Personenfreizügigkeit in Europa erreicht würden.

Die EU entwickelt sich allerdings auf allen wesentlichen Feldern: Rechtstaatlichkeit, finanzielle Stabilität, Migration, Bürgernähe in die völlig falsche Richtung. Das hat sich in den letzten Jahren immer deutlicher gezeigt.

2016 forderte die AfD in ihrem Grundsatzprogramm unseren den Ausstieg aus dem Euro. Was damals auch innerparteilich noch umstritten war, hat sich seitdem als zwingend herausgestellt. Der deutsche Anteil an der täglichen Rettung des Euro über Anleihekäufe der EZB, den ESM, Target2 und jetzt auch noch über „Corona-Wiederaufbau“ ist auf über zwei Billionen Euro gewachsen! Der Vorteil der Wechselkursstabilität für unsere Exporte, ist durch diese riesigen Summen in jeder Hinsicht negativ überkompensiert!

Hinzu kommen die horrenden Nachteile Deutschlands durch die völlig verfehlte Migrations- und Klimapolitik sowie die immer absurderen ideologischen Richtlinien, die Deutschland umsetzen muss.

EU-ropa ist etwas völlig anderes als Europa; es ist geradezu das Gegenmodell einer Stabilitäts- und Friedensgemeinschaft. Die AfD fordert die Reformation – will also zurück zu den Wurzeln der europäischen Einigung: einem Bund gleichberechtigter souveräner Nationalstaaten mit zollfreiem Handel und offenen aber kontrollierten Grenzen!

Videoform: <https://youtu.be/tZygz-szelb0>





## Peter Felser, MdB Stellv. Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu  
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag  
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft  
Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses  
(Beraterverträge)

Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“

✉ [peter.felser@bundestag.de](mailto:peter.felser@bundestag.de)

🐦 @PeterFelser

📘 /peterfelserafd

🌐 [www.peterfelser.de](http://www.peterfelser.de)

## Rettet unsere Kinder !

Liebe Freunde,

seit über einem Jahr begleitet uns nun schon die Coronapolitik der Regierung. Grund genug, für ein Zwischenfazit: Was zunächst als Notwendigkeit, zum Schutz für die Älteren und Schwachen verkauft wurde, entpuppte sich als Katastrophe für die Jüngsten unserer Gesellschaft. Der digitale Pseudunterricht wird unsere Kinder Jahre an Bildung kosten. So lautet das vernichtende Urteil des OECD-Bildungsdirektors Andreas Schleicher. Doch damit nicht genug. Viel dramatischer sind die psychischen Folgen des Lockdowns für die Jüngsten.

Die COPSY-Studie der Uni Hamburg untersuchte, wie Kinder mit dem Dauerausnahmestand zurechtkommen. Die Ergebnisse sind erschreckend: 85% der Kinder fühlen sich durch die Pandemie belastet, 33% zeigen Hinweise auf psychische Auffälligkeiten. 40% unserer Schüler melden, sich an keinerlei sportlicher Betätigung mehr zu beteiligen. Stattdessen verbringen sie mehr Zeit vor den Smartphones und PCs. Wie ein Brennglas befeuert die Lockdown-Politik besonders die schwierige Situation von Kindern, die in prekären Verhältnissen aufwachsen. Gerade in Familien, wo die

Kinder auf wenig Rückhalt bei den Eltern hoffen können, zeigt die Corona-Politik ihre verheerende Wirkung. Diese Kinder werden völlig vergessen, von einer Regierung, die bereit ist, für ihre Politik eine ganze Generation zu opfern.

Allerdings regt sich Widerstand unter den Kinderärzten. 33% sprechen sich für einen Schulbetrieb ohne Einschränkungen aus. Die Forderung können wir nur unterstützen, insbesondere weil die Kinderärzte als erste zu spüren bekommen, was der Lockdown mit unseren Kindern macht. 50% melden mehr Angststörungen bei Kindern, 46% mehr aggressives Verhalten. 40% der Ärzte berichten von Entwicklungsverzögerungen bei den Kindern zwischen 6 und 9 Jahren. Die Dauerbeschallung durch die Staatsmedien und deren ständige Angstmacherei, nimmt unseren Kindern die Lebensfreude. Sie wachsen auf, in einem Umfeld ohne lachende Gesichter. Masken und Abstand, so lernen die Jüngsten die Gesellschaft kennen.

Für sie, die am wenigsten Schuld an allem tragen und doch am meisten unter den Konsequenzen leiden, müssen wir diese Regierung mit allen demokratischen Mitteln bekämpfen.



## Mehr Demokratie wagen: Bürgerstunde im Bundestag einführen!

Liebe Mitstreiter,

wie Sie wissen, setze ich mich im Bundestag besonders für die direkte Demokratie ein. Als Obmann im Petitionsausschuss bringe ich daher in der aktuellen Sitzungswoche einen Antrag zur Einführung einer Bürgerstunde im Plenum des Bundestags ein. Zukünftig sollen Petitionen, die von mehr als 100.000 Bürgern mitgezeichnet werden, auch im Plenum von allen Fraktionen ausführlich diskutiert werden!

Die Anliegen der Bürger verdienen mehr Aufmerksamkeit. Die würde ihnen zukommen, wenn sie im Plenum vor laufenden TV-Kameras debattiert werden. Bislang wird den Massenpetitionen und dem ganzen Petitionsausschuss keine ausreichende Beachtung geschenkt – wir haben dies sehen können, als die Petition zum UN-Migrationspakt von den Altparteien so gut es ging ignoriert und behindert wurde.

Grund, sich unserem Antrag entgegenzustellen – an ihrem Abstimmungsverhalten werden wir aber wieder ihr wahres Gesicht erkennen.

Letztlich haben alle anderen Parteien Angst vor dem Bürger und müssen daher die einzige Opposition diffamieren, dass wir keine "demokratische Partei" seien. Um es aber klar zu sagen: wir sind die einzige Fraktion im Bundestag, die sich konsequent für bundesweite Volksabstimmungen und für eine direkte Demokratie nach Schweizer Modell einsetzt. Damit sind wir die einzigen wahren Demokraten im Bundestag!

In diesem Sinne: Lassen Sie sich nicht ins Bockshorn jagen und setzen wir uns weiterhin für eine direkte Demokratie ein – an der Urne und im persönlichen Umfeld!

Mit freiheitlichen Grüßen,

Ihr Johannes Huber

Die Einführung der Bürgerstunde ist ein Schritt hin zu mehr direkter Demokratie. Und einer, der sich mit der derzeitigen parlamentarischen Demokratie vereinbaren lässt. Daher gibt es für die etablierten Parteien auf dem Papier überhaupt keinen



**Johannes Huber, MdB**

**Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen**  
**Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag**

- Petitionsausschuss (Obmann)
- Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Frauen
- Kinderkommission
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (Stv.)
- Schriftführer im Bundestag



[johannes.huber@bundestag.de](mailto:johannes.huber@bundestag.de)



[@HuberMdB](https://twitter.com/HuberMdB)



[/Johannes.Huber.AfD](https://www.facebook.com/Johannes.Huber.AfD)





## Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

#### Obmann

- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

#### Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

 /RainerKraftAfD

 /dr.rainer.kraft

 @Dr\_Rainer\_Kraft

 [www.rainer-kraft-mdb.de](http://www.rainer-kraft-mdb.de)

## Exekutivvorbehalt im Atomgesetz

Im Unterausschuss wird derzeit die 17. Änderung des Atomgesetzes behandelt. Es geht dabei nicht um inhaltliche, nukleare oder technische Aspekte, sondern um rein juristische. Die Gesetzesänderung soll einen Mißstand beheben und im Atomgesetz einen sogenannten Exekutivvorbehalt etablieren. Dies hat sich aufgrund einer Gerichtsentcheidung ergeben. Es ging um die Betriebserlaubnis eines nuklearen Zwischenlagers. Für diese ist der nachweisliche Schutz vor terroristischen Gefahren notwendig. Die Behörden (die Exekutive) haben nun dem Gericht die detaillierte Auskunft dazu verweigert, mit der nachvollziehbaren Begründung, dass eine Offenlegung die nationale Sicherheit gefährdet. Da für das Gericht die notwendige Vorlage nicht gegeben war, wurde die Genehmigung nicht erteilt.

Die geplante Änderung soll dies nun beheben, indem sie der Justiz erlaubt, allein die Bestätigung einer befugten Behörde, ohne Offenlegung der Details als ausreichenden Nachweis der gesetzeskonformen Absicherung sicherheitsrelevanter Fragen in Angelegenheiten des Atomgesetzes zu akzeptieren.

Dies stellt die Frage ob dies für die AfD akzeptabel und begrüßenswert ist. Soll vor Gericht einfach nur die Zusage einer Behörde, man habe sicherheitsrelevante Dinge geprüft und für gut befunden, als Kriterium ausreichen ohne dass die Justiz dies prüfen kann und ohne dass der Rechtsgegner Einblick erhält?

Da es sich nicht um Fragen der Nukleartechnik handelt wurde also der Rat der Juristen in der Fraktion gesucht und in Form von Roman Reusch, gefunden. Bestätigt wurde, dass der Exekutivvorbehalt in anderen Bereichen der Justiz, zum Beispiel bei Personalangelegenheiten, etablierte Praxis ist und es in Fragen der nationalen Sicherheit durchaus nötig sein kann, relevante Details nicht in öffentlichen Verhandlungen offen zu legen. Der Rat war also, dieser Gesetzesänderung zuzustimmen.

Der AK Umwelt hat sich dann den Rat der Juristen in der Fraktion zu Eigen gemacht und wird im Rahmen der Gesetzgebung des Deutschen Bundestages dieser 17. Änderung des Atomgesetzes zustimmen.



## Green Deal und den Great Reset widersprechen dem Grundgesetz und dem AfD-Programm

Was auch immer dieses Konstrukt „Great Reset“ bei all der Desinformation und Ablenkung dazu wirklich exakt ist – wir lehnen die sich abzeichnenden Komponenten ab. Dazu haben wir einen klaren Antrag verfasst, diesen in die Fraktion und in den Bundestag eingebracht. Denn verschiedene Komponenten des „Great Reset“ widersprechen unserem Grundgesetz sowie unserer Wirtschaftsordnung und die Bundesregierung hat keine Legitimation in dieser Causa am Volk vorbei voranzuschreiten. Es ist analog zum Maastricht-Vertrag (Euro-Gründung) oder zum Lissabon-Vertrag (EU-Ermächtigung). Bei beiden wurde der Bürger nicht gefragt, (absichtlich) getäuscht und Beide verteilten Souveränität vom Volk auf die EZB und die EU. Das Volk ist aber der Souverän, nicht die EZB, nicht die EU und auch nicht das World Economic Forum.

tik unter öffentlicher Mobilisierung von „nützlichen Idioten“ (politischer Term), dem Volk und den Unternehmen erklärt, dass sie freiwillig mehr an den Staat – und auf Umwegen – den Konzernen zahlen sollen. Das ist alles. Es dient mit Nichten dem Klima oder dem Bürger. Auch haben weder die USA, noch China oder Russland einen Anreiz ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren - im Gegenteil. Selbst wenn also Deutschlands oder Europas Versuch hier gegenzusteuern, ernst gemeint wäre, ist es wie der Versuch gegen einen Sturm zu pusten. Das Ziel ist schlicht und einfach mehr Planwirtschaft durch die EU (Preisfestsetzung von CO<sub>2</sub> in der Güterherstellung) und ein Plündern der Bürger zum Wohle des Staates und einiger clever positionierter Konzerne. Wir lehnen dieses betrügerische Theater ab und haben das durch einen Antrag im Bundestag verdeutlicht.

Eine analoge Volksveräppelung herrscht beim „Green Deal“. Das Klima ist der ideale Klient der neuen Linken, denn es kann sich im Gegensatz zu früheren Klienten (z.B. Arbeitern) nicht selbst äußern, verteidigen oder ihnen weglaufen. Es „pseudo-legitimiert“ aber mehr Staat und mehr Geldeinsammeln beim Bürger. Hier wird von der Poli-

### Hans-Jörg Müller, MdB Außenwirtschaftlicher Sprecher

Wahlkreis 225: Traunstein

#### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Wirtschaft und Energie

✉ [hansjoerg.mueller@bundestag.de](mailto:hansjoerg.mueller@bundestag.de)

f /MdB.Mueller



## Bundeswehr: Kommando Spezialkräfte - Was wusste AKK?

Der Kontrollverlust im Bundesministerium der Verteidigung BMVg setzt sich fort. Nach dem beispiellosen Führungs- und Kontrollversagen der als EU-Kommissionspräsidentin wegbeförderten Ursula von der Leyen, die uns auch im Untersuchungsausschuss der „Berateraffäre“ Rede und Antwort stehen musste, ist nun ihre CDU-Nachfolgerin, Annegret Kramp-Karrenbauer, nicht mehr Herrin der Lage im BMVg.

Über Stunden hat sie versucht uns im Verteidigungsausschuss zu erklären, dass ihr die strafrechtlich relevanten Vorgänge um den Kommandeur des Kommandos Spezialkräfte (KSK), General Kreitmayr, erst aus der Presse bekannt geworden sind! Die komplette militärische Führung, bis hin zum Generalinspekteur der Bundeswehr, hatte es trotz monatelanger Kenntnis angeblich nicht für nötig gehalten, die Ministerin über das Verschwinden und das anschließend durch General Kreitmayr organisierte anonyme Einsammeln von tausenden Schuss Munition zu informieren. Und das, obwohl die Ministerin ein Aufräumen beim KSK mit „eisernem Besen“ angekündigt hatte.

Schon seit Jahren lassen sich CDU und CSU zum Handlanger eines

links-grünen Generalangriffs auf die Sicherheitskräfte unseres Landes machen. Als Eliteeinheit steht dabei die Spezialeinheit der Bundeswehr besonders im Fokus der Attacken.

Das Hin und Her zwischen angekündigten und dann doch nicht durchgeführten Maßnahmen und Reorganisationen schwächt die psychische und physische Kampfkraft der Einheit. Und das in einer Phase, in der das KSK nun kurzfristig den gefährlichen Rückzug unserer Soldaten aus Afghanistan gegen mögliche Angriffe der Taliban absichern soll. Dafür sind AKK unsere Elitekräfte dann auf einmal gut genug!

Ich sitze AKK im Verteidigungsausschuss fast wöchentlich gegenüber und fordere sie auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen, damit sich die Eliteeinheit der Bundeswehr endlich wieder ihrem Kernauftrag widmen kann, nämlich ihre Kampfkraft und notfalls auch ihr Leben für Deutschland einzusetzen.



**Gerold Otten, MdB**

**Wahlkreis 221: München Land**

**Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag**

**Ordentliches Mitglied:**

- Verteidigungsausschuss
- Gemeinsamer Ausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses

**Stellvertretendes Mitglied:**

- Haushaltsausschuss



/GeroldOttenAfD



@gerold\_otten



/gerold.otten

Web: [www.mdb-otten.de](http://www.mdb-otten.de)



/t.me/MdB\_Otten



## Spirale der Gleichgültigkeit führt zu Erosion der Gewaltenteilung

Das Durchregieren des Kabinetts Merkel mittels der „Ministerpräsidentenkonferenz“ ist bei der breiten Bevölkerung schon in seliges Vergessen gefallen. Die „Bundesnotbremse“, die selbst für hiesige Verhältnisse null-komma-null im Bundestag zur Diskussion gestellt wurde, macht es kaum besser. Die Exekutive tut das, was ihr den Namen gegeben hat, zunehmend unkontrolliert durch Parlament oder Gerichte. Fr. Merkel freute sich bekanntlich, dass durch ein Bundesgesetz nun „nicht mehr all diese kleinen Verwaltungsgerichte“ ungemütliche Urteile fällen können. Ein Untersuchungsausschuss Corona kam im Bundestag gegen Stimmen der AfD bekanntlich nicht zustande. Es gab den Trostpreis „Sondergremium Covid19“ über den ich, auch auf Youtube, immer wieder berichte.

da helfen auch kopflose Privilegien für Geimpfte nicht weiter. Und die Wähler? Schieben Baerbock auf über 20%, freuen sich über Durchhalteparolen wie aus alter Zeit und verzichten gerne auf ihre Grundrechte. Das Urteil des BVerfG zu noch konkreteren „Klimaschutzmaßnahmen“ zeigt, wie das früher durchaus sinnvoll urteilende Gericht inzwischen ebenfalls dem Polit-Raunen der satten grün-linken Klientel folgt. Kein Wunder, wenn Politiker direkt zu hohen Gerichten wegbefördert werden.

Etwa 400 Verfassungsklagen gegen die Bundesnotbremse? Warum sind es nicht 4.000 oder 40.000? Leider zum Teil nachvollziehbar, wenn sogar Prominente wie Liefers von der linken Gesinnungspresse (Tagespiegel musste Hetze zugeben) sozial in die Ecke gestellt werden. Gleichgültigkeit, gepaart mit Druck gegen Andersdenkende. Dagegen steht die AfD. Und den Erfolg (siehe Schweden aktuell) können wir uns nur noch selber nehmen.

Lassen wir es nicht so weit kommen!

Eine Verfassungsklage gegen die Notbremse, welche ich für mich und einige Kollegen eingereicht hatte, wurde bis jetzt nicht beschieden. Jeden Tag wird aber mit Sicherheit (wie bei FDP Abgeordneten) die Ablehnung der Eilanträge zu erwarten sein. Das Hauptsacheverfahren, da sind sich alle regierungsnahen Juristen einig, wird ebenfalls im Sand verlaufen. Die Grundrechte bleiben unverhältnismäßig eingeschränkt,



**Tobias Peterka, MdB**  
stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Stellv. Vorsitzender
  - Unterausschuss Europarecht
- Ordentliches Mitglied
  - Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
  - Fraktions-Arbeitskreis Wahlrechtsreform
  - Sonderausschuss Corona

 /tobiasmpeterka     tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka





## Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Stellvertretender Sprecher „Gruppe Heimatvertriebene, Aussiedler und Deutsche Minderheiten“
- Mitglied des Sudetendeutschen Rates

@ Protschka.stephan@bundestag.de

f /protschka.stephan

www.stephan-protschka.de

## Uns hält nichts auf!

Nicht nur das Wetter ließ den vergangenen Vatertag buchstäblich ins Wasser fallen. Vielmehr waren es wieder einmal die Inzidenzwerte in einigen bayrischen Landkreisen und Kreisfreien Städten, die einem Treffen mit Freunden im Wirtshaus, einem Ausflug mit der Familie und sogar dem Gottesdienst mit Gemeindegesang einen Strich durch die Rechnung machten. Grund genug für mich, um auch an Christi Himmelfahrt für unsere Heimat, unsere Traditionen, für unsere Kultur aber vor allem für unser aller Freiheit auf die Straßen zu gehen und öffentlich zu zeigen, dass die alte Normalität nur mit der größten Oppositionspartei Deutschlands möglich ist. Glücklicherweise folgten auch am vergangenen Wochenende bei der Nürnberger Kundgebung wieder viele hunderte Menschen der Auffassung der AfD und demonstrierten für unsere Freiheit. Im Vorfeld war jedoch nicht klar, ob diese angemeldete Vollversammlung überhaupt stattfinden darf. So hatte die Stadt Nürnberg den Veranstaltern zunächst ein Verbot zur Ausübung der Demonstration ausgesprochen. Dieses Verbot wurde gottlob durch das Verwaltungsgericht Ansbach teilweise gekippt und festgelegt, dass die Kundgebung statt auf der Wöhrder Wiese nun am Nürnberger Volksplatz stattfinden durfte, jedoch ohne Demonstrationzug. Gegen diese Entscheidung hatte sich die Stadt Nürnberg vergebens gewehrt, doch auch der dem Amtsgericht nachgeordnete Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) hatte einer ortsfesten Versammlung von bis zu 3500 Personen auf dem Volksfestplatz zugestimmt. Zuletzt traf ich mich zu Gesprächen mit Landwirten aus Sachsen-Anhalt, denn hier finden am 6. Juni dieses Jahres Landtagswahlen statt und es ist wichtig, dass wir nicht nur in Bayern auf Landes- und in Berlin auf Bundesebene für die angeschlagene Landwirtschaft ein Zeichen setzen, sondern deutschlandweit. Und auch hier trägt unsere Arbeit der zurückliegenden Monate und Jahre Früchte, denn es zeichnet sich ab, dass die AfD Anfang Juni in Sachsen-Anhalt stärkste Kraft werden könnte und der CDU nach ihren vielen Fehltritten und Affären ein weiteres Debakel drohen könnte. Damit sich unser Land in die richtige Richtung bewegt, braucht es einen wirklichen Politikwechsel und das können wir nur gemeinsam mit einer starken AfD erreichen. Deshalb bleiben Sie uns treu und wählen Sie dafür!



## Martin Sichert, MdB

**Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord**

**Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag**

**Ordentliches Mitglied:**

- **Ausschuss für Arbeit und Soziales**

 /sichertmartin

 /UCsvkQ3N29K0hqsO1OPD1ioA

 /martinsichert

 /Martin\_Sichert

 /martinsichertinfo

 martin.sichert@bundestag.de

## AfD wirkt - Mit Anfragen aufklären

Manchmal passiert es, dass die Brisanz von parlamentarischen Anfragen so hoch ist, dass die Regierung mit der Antwort selbst in die Öffentlichkeit geht, um der AfD nicht die Möglichkeit der Profilierung zu geben. Dann wissen wir, wir haben alles richtig gemacht, denn unser Ziel ist ja, die Öffentlichkeit aufzuklären und zu informieren.

Das ist mir erst jüngst wieder passiert: Am Dienstag 11. Mai stellte ich folgende schriftliche Anfrage (die binnen 2 Wochen beantwortet werden muss) an die Bundesregierung:

"Sehr geehrte Damen und Herren, ich frage die Bundesregierung mit Bitte um schriftliche Antwort: Wie viele Erstgeimpfte und wie viele Zweitgeimpfte sind der Bundesregierung bzw. dem Robert Koch-Institut und/oder dem Paul-Ehrlich-Institut bekannt, die nach der ersten bzw. zweiten Impfung positiv getestet wurden, wie viele Erst- bzw. Zweitgeimpfte erkrankten an Covid-19, wie viele davon wurden hospitalisiert, wie viele davon kamen auf eine Intensivstation und wie viele Erst- bzw. Zweitgeimpfte verstarben an den Folgen von Covid-19?"

Im Gesundheitsministerium hat man die Brisanz der Anfrage offen-

sichtlich erkannt, denn am Freitag 14. Mai veröffentlichte die Bundesregierung selbst folgende Zahlen: "In Deutschland wurden bisher rund 13.000 vollständig Geimpfte noch positiv auf das Coronavirus getestet. Nach der ersten Impfung wurden nach Daten des Gesundheitsministeriums rund 44.000 Covid-19-Fälle gemeldet. 662 zweifach Geimpfte und rund 2000 einfach Geimpfte starben."

Mit dieser Antwort ist die Propaganda der Regierung und insbesondere der FDP widerlegt, nach der Geimpfte vor Erkrankung oder Tod geschützt wären. Denn die 662 bzw. 2000 Toten sind nur die sogenannten Coronatoten, die Zahlen der mit Impfung an anderen Ursachen Gestorbenen liegt ein Vielfaches höher. Es gibt also keinen Grund, Geimpfte anders als Ungeimpfte zu behandeln, außer, um zu versuchen Geimpfte für ihr regierungshöriges Handeln zu belohnen. Diese Anfrage und die folgende Reaktion der Bundesregierung war ein weiterer Beweis dafür, wie die AfD in Parlamenten wirkt. Es wird uns alle darin bestärken, weiter für Grundrechte und gegen Geimpftenrechte einzutreten.



## Verkehr, Heizen, Strom: Klima-Hammer kommt!

Noch vor dem Sommer will die Regierung eine massive Verschärfung des Klimaschutzgesetzes durchpeitschen. Man spielt sich dafür im Establishment die Bälle zu: nach einer Klage, gegen die sich die Regierung kaum verteidigt hat, hat das BVerfG den Weg zum Klima-Lockdown freigemacht – und die Regierung prescht vor. Ob die ganze CO<sub>2</sub>-Klima-Theorie überhaupt stimmt, fragt dort keiner mehr.

Was bedeutet das neue Regierungs-Planziel? Bis 2030 will man, gerechnet ab 1990, nun 65 % CO<sub>2</sub>-Minderung statt 55 %. Klingt nicht so hart? Ist aber brutal: Stand 2020 beträgt die CO<sub>2</sub>-Minderung 40,8 % auf 30 Jahre. Rechnet man spitz ab 2020, bedeutet das 65 %-Planziel: nochmal 40,9 % Minderung – in 10 Jahren, nicht in 30!

Wie ist das zu schaffen, wenn man gleichzeitig aus der CO<sub>2</sub>-freien Kernenergie aussteigt? Klare Antwort: gar nicht! Man lügt sich in die Tasche, was künftige Technik auf wundersame Weise können soll. Genau wie bei den Stickoxid-Grenzwerten – das kennen wir: nicht so schnell machbar, aber die Vorschriften schlagen dann die Realität, Folge: Fahrverbote! Genau das kommt vor 2030 wieder auf uns zu, aber in völ-

lig anderen Maßstäben – nicht nur im Verkehr, auch für Heizen, Stromerzeugung und Industrie.

Beim Verkehr sind CO<sub>2</sub>-Reduktionen besonders schwierig. Noch 2019 lag dieser Sektor auf dem Stand von 1990. Nur der Lockdown mit beispiellosem Wirtschaftseinbruch hat für die 2020er Zahl gesorgt: minus 11 %. Der Weg zum 2030er Ziel der Klima-Planwirtschaft wird mit Steinen gepflastert sein, mit Pollern, Straßensperren für Benziner & Diesel, Klimapolizei. Davor kann nicht genug gewarnt werden!

2022 geht es los. Union und Grüne wetteifern, wer die CO<sub>2</sub>-Steuer schneller erhöht. Experten rechnen schon mit 2 Euro für den Liter Sprit. Autofahren wird zum Luxus für Reiche! Verbände warnen: das wird mindestens 100.000 Industrie-Jobs kosten. E-Autos sind für die meisten keine Lösung – trotz Subventionen sind sie teuer und als Gebrauchtwagen mit verzehrtem Akku fast wertlos. Die Stromversorgung der nächsten Jahre wird immer unsicherer.

Wir von der AfD sind die letzten Realisten. Bleiben wir hart! Die Kollision der etablierten Traumtänzeri mit der Wirklichkeit wird uns schon sehr bald Recht geben!

**Wolfgang Wiehle, MdB**

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss
- Schriftführer
- 2. Sprecher im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

✉ [wolfgang.wiehle@bundestag.de](mailto:wolfgang.wiehle@bundestag.de)

f /w.wiehle

www [www.wolfgang-wiehle.de](http://www.wolfgang-wiehle.de)

**Gefällt Ihnen unser  
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:  
**[landesgruppe@afdbayern.de](mailto:landesgruppe@afdbayern.de)**



**Politik für Deutschland  
AfD Bayern im Bundestag**